

DIREKTE AKTION MÜNCHEN

Zeitung für kämpferische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



1. Mai 2016
12. Jahrgang
kostenlos

Streiken Besetzen Kollektivieren

Kapitalismus funktioniert solange wir funktionieren

Companeras, Companeros! Wie wir alle wissen, bedeutet Maloche Zwang! Jeden Morgen aufstehen – um am Ende des Monats dennoch jeden Cent umdrehen zu müssen! Maloche bedeutet Leistungsdruck und Unterordnung und dies immer häufiger in unsicherer Beschäftigung – also Praktikum, Zeit- oder Leiharbeit. Wir sollen ständig kuschen, damit unsere Arbeitsverträge auch ja verlängert werden. Und in unserer „Wohlstandsgesellschaft“ müssen sich viele einen Zweitjob suchen, um irgendwie über die Runden zu kommen. Wir werden aufgeteilt und gegeneinander ausgespielt, eingeteilt nach Lohngruppen, nach Qualifikation..., durch Auslagerung in Untergesellschaften – und selbstverständlich werden wir rassistisch unterschieden in „Deutsche“ und „Nicht-Deutsche“.

Die Arbeit frisst einen immer größer werdenden Teil unserer Lebenszeit auf – vorbei ist die 35 Stunden Woche: Im Schnitt sind es längst über 38 Wochenstunden unserer Leben, die wir verkaufen müssen! Nicht nur dass ein Großteil dessen was wir dafür raus bekommen gleich für die horrenden Mieten drauf geht – die herrschende Klasse streicht den Mehrwert, also die Differenz vom Verkaufserlös der produzierten Waren minus der Fix-Kosten und minus dem was sie uns gezahlt haben, ein! Aus den Maschinen (dem „fixen Kapital“) lässt sich kein Mehrwert pressen, denn die kosten immer gleich viel im Unterhalt – ganz egal wie sehr irgendjemand die Peitsche schwingt...

Unsere Arbeitszeit jedoch wird zu Kapital, denn der Mehrwert wird uns – von denen, die das so einfach können, gestohlen. Wir ArbeiterInnen sind somit Kapital, sogenanntes variables Kapital, oder „Human-Kapital“. Und der Mehrwert, na der Mehrwert wird von den KapitalistInnen entweder für Luxus verprasst, einfach so – weil sie es können; oder neu investiert: In neues fixes -, oder neu investiert: In neues fixes -, oder wenn es sein muss auch in „Human-kapital“. In dieser Wirtschaftsweise sind die Menschen nach Klassen

gesprengt: Wir verfügen nur über unsere Hände zum Arbeiten, und die anderen besitzen die Produktionsmittel und verfügen so über die Kommandogewalt, uns weniger zu zahlen als das, was unsere zu Produkten gewordene Lebenszeit am Markt erzielt.

Klassengesellschaft

Unterdrückung (also Klassengesellschaft) und der Kapitalismus stabilisieren sich gegenseitig. Zwar gab es Unterdrückung ohne Kapitalismus, aber der Kapi-

talismus verschleiert die Unterdrückung heute so gekonnt, dass wir alle die Ellenbogen-Mentalität – als Kakao, durch den sie uns ziehen auch noch trinken sollen! Wir, die Klasse der Lohnabhängigen (oder einmal ohne die europäische Brille betrachtet: auch noch gravierender Ausgebeutete als Lohnabhängige) sind vielschichtig in unserer Zusammensetzung, da auch die Lohnarbeit sich ständig verändert und das Aufspielen und Ausspielen ständig neue Formen annimmt. Doch unser Widerstand findet täglich statt. Unter der Oberfläche und abseits von Tarifritualen und Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Angefangen vom individuellen Überziehen einer Pause über regelmäßiges Krankfeiern bis hin zu kollektiven Verweigerungsformen...

Die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften des DGB garantieren das Fortbestehen der kapitalistischen Verhältnisse – was sie genau so, auch ausdrücklich selber sagen. Ihre Kooperation und Einbindung soll eine autonome Klassenbewegung außerhalb der eingefahrenen Tarifbahnen verhindern! Sollte sich auf Betriebsebene einmal ein selbständiger Kampf entwickeln, sind die DGB-Gewerkschaften (und gesetzlichen Betriebsräte) stets bereit, um diesen zu bremsen, zu vereinnahmen – damit er nur ja wieder in „geordneten“ Bahnen läuft. Bei dem Versuch, die Verhältnisse wirklich umzuwerfen wird uns LohnarbeiterInnen niemand helfen. Wir müssen dies schon selber tun!

Streiken

Durch Streik wird der Bereicherungsprozess unterbrochen, es wird deutlich, dass wir es sind, die die Wirtschaft am Laufen halten und uns den Mehrwert stehlen lassen! In Streiks handeln wir Lohnabhängige aus Solidarität und üben kollektive Macht aus. Nichts fürchten die Bosse / die Unternehmen / also das Kapital mehr, als das wir unsere eigene Ohnmacht überwinden! Wenn StellvertreterInnen aus dem Gewerkschaftsapparat (oder Betriebsräte) die Kontrolle über autonom organisierte Betriebskämpfe verlieren, wird – je nach Ausmaß – die Machtfrage gestellt. Je besser wir uns organisieren, je mehr Erfahrung wir sammeln – desto größere Ausmaße können Aktivitäten annehmen! Der Erfolg – soviel ist klar – wird nicht vom Himmel fallen. Organisieren müssen wir uns – beispielsweise in Betriebsgruppen, Streikkomitees, überbetrieblichen Basisgewerkschaften oder sozialen Stadtteilgruppen. Jede selbstorganisierte und erfolgversprechende Form muss erprobt werden – informelle Vernetzungen sind ein Start und alltäglich praktizierte Solidarität untereinander ist ein Muss – denn:

„Allein machen Sie Dich ein!“

Besetzen

Wir Lohnabhängigen sollen die Güter nicht nur produzieren, sondern mit unserem Entgelt gleich wieder kaufen und konsumieren. – Völlig logisch! Irgendwer muss die ganzen Luxusvillen und Bonzen-Yachten ja schließlich finanzieren! Finanziert wird das Zeug durch uns, und den bis aufs Blut Ausgebeuteten und Verhungerten, die überall außerhalb des kapitalistischen Zentrums unter-

weiter Seite 2 (oben)...

BETRIEB UND GESELLSCHAFT

Streiken Besetzen Kollektivieren
Kapitalismus funktioniert so lange wir funktionieren.....1+2

Wohnraum für alle
Obdachlose EU-Migrant*innen organisieren sich und werden vom Amt verarscht.....1+2

BETRIEB & GESCHICHTE

Schluss mit „Arbeitnehmer“ feindlichen Schulungen
Kanzlei Schreiner&Partner hilft Chefs, ihre Angestellten fertig zu machen.....3

Haymarket Was a Riot
Zur Geschichte des Kampftages der Arbeiter*klasse.....3

BEILAGE

;) **LETZTE SEITE**

Sektion Gesundheits- und Sozialberufe
Selbstdarstellung.....4

Impressum
und Kontakt.....4

Wohnraum für alle!

Obdachlose EU-Migrant*innen organisieren sich und werden vom Amt verarscht

Die Stadt München schließt obdachlose EU-Migrant*innen aus der regulären Obdachlosenhilfe (Notunterkünfte, Teestube Komm etc.), aus verschiedenen absurden Gründen aus. Dabei leben viele von ihnen schon seit Jahren in München. Sie arbeiten auf Baustellen, oder reinigen Münchner Gebäude; befinden sich aber in ständiger Unsicherheit, denn in Notsituationen bleiben sie sich meist selbst überlassen.

Immerhin dürfen die obdachlosen EU-Migrant*innen inzwischen während der gesamten Winterperiode (vom 1. November bis 31. März) in einer Kälteschutzeinrichtung schlafen. Das reicht aber nicht! Für die Zeit, die sie in der Notschlafstelle unterkommen, dürfen sie sich nirgends als Einwohner*innen anmelden. Das erschwert die Arbeitssuche enorm, denn ohne Anmeldebestätigung kein regulärer Job und ohne Job keine Wohnung.

Diese Situation erschwert es ihnen auch, gegen betrügerische Arbeitgeber*innen vorzugehen! Alle drei Tage müssen sie sich eine neue Einweisung besorgen, Fahrkarten zur Unterkunft erhalten sie nicht und sind daher oft gezwungen die weite Strecke ohne Ticket zu fahren. Wodurch Strafgefahren und sogar Gefängnis drohen. Tagsüber muss die Notschlafstelle verlassen werden, was Nachtarbeit verunmöglicht und dazu zwingt den Tag in der Käl-

te verbringen – was krank macht. Auf der Straße schließlich sind die obdachlosen EU-Migrant*innen regelmäßig rassistischen und entwürdigenden Polizeikontrollen ausgesetzt. Mit dieser Politik produziert die Stadt Armut. Der Kampf um eine soziale, gerechte und solidarische Wohnungs-Politik betrifft alle, überall und ganz besonders hier in München, wo es viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum weiter Seite 2 (unten)...

Der 1. Mai in München

Um 9 Uhr 45 Treffen am Arbeitsamt zum sozialrevolutionären Block innerhalb der DGB-Demo

Ab 15.00 Uhr findet in der Glockenbachwerkstatt die Revolutionäre 1. Mai Party mit VoKü und Liedermacherin statt.

Ab 18.00 Uhr arm & hässlich, the word that make us murders, maggie on the roxx, .gram.



KRIEKO 2004 in München

HERAUS ZUM 1. MAI!

DAS PROBLEM HEISST KAPITALISMUS

STREIKEN! ENTEIGNEN! KOLLEKTIVIEREN!

INITIATIVE REVOLUTIONÄERER 1. MAI - WWW.IRM.BLOGSPORT.DE



§ Kaiser & Tribun §

Klassenkampf von Oben: Gesetz zu Ausgrenzung oder Assimilation

Vielen Dank an den „Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München“ für das Herausstellen folgender Highlights aus dem geplanten Bayerischen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsgesetz:

- § Alle werden auf die [bayerische] Leitkultur verpflichtet [Präambel]
- § Wer eingewandert ist, wird zur unabdingbaren Achtung der Leitkultur verpflichtet [Art.1], hat die Integrationspflicht [Art. 1, Satz 2], bekommt jedoch keinerlei Rechte aus diesem Gesetz. [Art.17]
- § Bei der Begriffsbestimmung werden alle Einwanderinnen und Einwanderer genannt – selbst diejenigen, die längst die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber „zumindest einen Eltern- oder Großelternanteil [!!!] haben“, der eingewandert ist [wer sich hierbei an die 'jüdische' Großmutter der NS-Rassengesetze erinnert...] – der ‚Viertelseinwanderer‘ ist damit geschaffen. [Art. 2 Begriffsbestimmungen]
- § Wer den Sprachkurs nicht „erwartbar“ bewältigt, wird nachträglich zur Erstattung der Kosten verpflichtet. [Art. 4, Abs. 3]
- § Wer bei Behörden einen Dolmetscher braucht, muss ihn in Zukunft gegebenenfalls selbst bezahlen. [Art. 4, Abs. 4]
- § Kinder in Asylunterkünften sind aus der Schulpflicht und damit faktisch aus der Schule ausgeschlossen. [Art. 17a/Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, Art. 35, Abs. 2]
- § Postuliert wird der Grundsatz „Schulrecht folgt dem Asylrecht“ – jede Verschlechterung im Asylrecht wird unmittelbar auf die Kinder übertragen. [Begründung Art. 17a, Abs. 5 BayEuG, Abs. 2]
- § Die Medien werden per Sollvorschrift auf die Leitkultur verpflichtet. [Art.10]
- § Selbst anerkannten Asylberechtigten soll der Wohnort vorgeschrieben werden können [Art. 11] – obwohl Bayern dazu gar nicht ermächtigt ist. [Art.11/Begründung S. 24]
- § Die Sicherheitsbehörden sollen auch diejenigen verfolgen, denen keine Straftat oder Ordnungswidrigkeit zur Last gelegt werden kann, die aber durch „demonstrative Regelverstöße“ auffallen [Art. 13/1] oder durch „offenkundig rechtswidriges Verhalten erkennen lassen, dass ihnen die Rechts- und Werteordnung in ihren Grundsätzen unbekannt oder gleichgültig ist“. [Art. 13/2] Ihnen soll ein „Grundkurs über die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung“ auferlegt werden – wer daran nicht teilnimmt, wird mit einer Geldbuße belegt. [Art. 13/3]
- § Ohne Nachweis einer Straftat soll bis zu 50.000 Euro Geldbuße [!] auferlegt bekommen können, wer die „geltende verfassungsmäßige Ordnung“ missachtet und einer damit „nicht zu vereinbarenden Rechtsordnung“ folgt. [Art.14]
- § Sicherheitsbehörden sollen an Menschen in Unterkünften von Asylbewerbern oder „unerlaubt Aufhältigen“ ohne richterlichen Beschluss und ohne Gefahr im Verzug Personenkontrollen [Art. 13, Abs.1 Nr. 2 PAG] mit Abnahme von Fingerabdrücken, Lichtbildern, eine Feststellung äußerer körperlicher Merkmale und Vermessungen [Art. 14, Abs.1 PAG] vornehmen können. Wohnungen können ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss jederzeit, also Tag und Nacht, durchsucht werden [Art. 23, Abs. 3 PAG]
- § Da man niemandem seinen Aufenthaltsstatus ansieht, können Beschäftigte in den Einrichtungen dazu gezwungen werden, alle „ausländisch Aussehenden“ auf ihren Aufenthaltsstatus zu kontrollieren und ggf. zu belehren und bei Weigerung den Zugang zu verweigern. [Art. 17a zur Einführung von Art. 21, Abs.5 Gemeindeordnung, Art. 15, Abs.5 Landkreisordnung, Art. 15, Abs. 5 Bezirksordnung]

Auch der offensichtliche Stuss der in diesem „Integrationsgesetz“ enthalten ist dient einer politischen Agenda: Profilieren als rechts der AfD, Druck auf Bundesgesetzgebung (Wohnortsvorschriften) und was von dem Stuss dann herausgestrichen werden wird, darf dann gleich vorab als die Leistung der Opposition verkauft werden...

Das will ich – und was willst Du? Das Verbot der CSU!

drückt werden.

Uns wird dabei gerade soviel Lohn zugestanden, dass wir irgendwie unsere Arbeitskraft wieder herstellen können – und selbstverständlich sollen wir mit der Kohle auch das zukünftige Heer der Arbeitslosen und die künftigen Lohnabhängigen, in die Welt setzen. – Das kapitalistische System misst diesen Tätigkeiten einen feuchten Dreck zu! und die Ausführenden – immer noch meist Frauen, sind in voller Absicht massiv von finanzieller und struktureller Unterdrückung betroffen. Im Gegensatz zu anderen Ressourcen wird der Nachschub an auszubeutenden Menschen dadurch fast kostenfrei zur Verfügung gestellt und die mit dieser Bereitstellung verbundenen Risiken werden kurzerhand zur Privatsache erklärt. Selbstverständlich hat die herrschende Klasse ein Interesse an einer möglichst hohen Geburtenrate, denn Arbeitslose drücken nicht nur den Lohn, sie stellen das Gros jeder Armee. Fällt diese Rate, die zumeist unter sexistischen Gesichtspunkten auf Frauen bezogen wird, unter irgendein Wachstumskriterium zurück, fangen die Heuchler der CSU nicht nur das fragwürdige Moralisieren an, sondern schaffen prompt sexistische Herd-Anreize – und das bei gleichzeitiger Bestrafung des Ausschrens aus der Lohnarbeit! Gerade im Spannungsfeld: Erwerbscontra Reproduktionsarbeit gilt der Ruf nach Besetzung – nach öffentlicher Besetzung mit den Themen der patriarchalen Unterdrückten! Also mit den Themen der gesellschaftlich unterdrückten – und entweder doppeltbelasteten, oder aus der Erwerbstätigkeit gedrängten Frauen! Die Anerkennung und Sichtbarmachung dieser doppelten Unterdrückung ist kein Nebenwiderspruch, denn diese Unterdrückung betrifft mehr als die Hälfte der Menschheit!

Lohnerhöhungen

Lohnerhöhungen werden durch Inflation, durch Steuern und Preiserhöhungen im Zaum gehalten. Steigende Kosten, beispielsweise im öffentlichen Nahverkehr, oder durch Mieterhöhungen werden von uns viel zu oft unbeantwortet gelassen, oder als individuelle Probleme

wahrgenommen. Dauert es z.B. in Dachau – der Stadt mit den neuerdings bundesweit fünf teuersten Mieten! – ewig, eine Wohnung zu finden (die dann auch noch viel zu teuer ist) werden gleichzeitig reihenweise luxuriöse Eigentumswohnungen gebaut! Auch dies ist konkreter Ausdruck des Klassenkampfes – des Klassenkampfes von oben! – also ein Angriff gegen uns! Gegen diese Verhältnisse müssen selbstorganisierte Freiräume, kulturelle und soziale Orte erkämpft werden. Ob Wohnraum, soziale Zentren, Betriebe oder Schulen. Es geht überall um die Rückeroberung des öffentlichen Raums. Was wir Menschen brauchen, müssen wir uns nehmen! Dabei gilt es den Gegenstrategien der Mächtigen und Besitzenden nicht auf den Leim zu gehen. Spaltungen, Aufhetzung und das Finden von Sündenböcken dient nur der Aufrechterhaltung der momentanen ausbeuterischen und ungerechten Verhältnisse. Deswegen müssen sämtliche Formen von Nationalismus, Rassismus und Sexismus auf allen Ebenen

durchgeführte Besetzungen! Denn Besetzen ist die kollektive Belegung von Orten mit unseren Inhalten. Bestreiken wir beispielsweise einen Betrieb, so besetzen wir ihn (zeitweise) mit unseren Inhalten. Und auch dann werden wir die volle und ungeteilte Unterstützung – durch uns, also durch die unterdrückte Klasse brauchen. Denn außer den Bonzen in ihren Luxusvillen – die uns bestehen, nutzt diese scheiß unsinnige rassistische Spaltung keinem Arsch!

Kollektivieren

Soziale Ungleichheit und politische Unterdrückung können nur überwunden werden, wenn diese Gesellschaft umgewälzt und eine egalitäre Weltgemeinschaft errungen worden ist. In dieser befreiten Gesellschaft kann es nur noch kollektives, d.h. Gemeineigentum geben. Die Güterproduktion wird sich nicht mehr am Profit oder dem maßlosen Konsum, sondern am Bedarf der Gemeinschaft orientieren und somit alle überflüssigen



1. Mai 2004 in Berlin

entschieden zurückgewiesen und konsequent bekämpft werden! Der populistischen Ausländerfeindlichkeit von Pegida, AfD, oder gar den organisierten Pogromen der Faschos muss genauso wie dem institutionalisierten Rassismus des Staates mit allen Mitteln entgegen getreten werden. Inhaltlich mit Argumenten wie der Benennung der sozialen Ungerechtigkeit, aber auch aktiv auf der Straße. Als Antwort auf die zunehmende Gewalt gegenüber Geflüchteten und ZuwandererInnen (etwa durch rassistische Brandanschläge) reichen Betroffenheitsbekundungen schon lange nicht mehr aus! Alle selbstorganisierten Initiativen der hierher geflüchteten Menschen müssen bekannt gemacht und unterstützt werden. Dazu zählen u.a. Hungerstreiks, Blockaden und selbstorganisiert

Arbeiten obsolet werden lassen. Um die Unterdrückung endlich zu beenden muss es für alle Menschen den gleichen Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen geben, d. h. für alle den gleichberechtigten Zugriff auf Güter, Wohnraum, Bildung, Gesundheit, Freiheit, Freizeit und kulturelle Aktivitäten! Von selbst werden die Herrschenden nicht von ihren Privilegien lassen, auch nicht durch gutes Zureden. Deswegen gilt für die Ausbeuteten, Unterdrückten, Entwürdigten und Alieingelassenen die Devise:

In die Offensive!

Kapitalismus funktioniert, solange wir funktionieren!

TINA

(ALLGEMEINES SYNDIKAT)

Obdachlose EU-Migrant*innen organisieren sich und werden vom Amt verarscht (Fortsetzung von Seite 1)

gibt. Die Forderungen der Betroffenen sind:

- * **Ganzjährige Unterbringung aller (unfreiwillig) Obdachlosen mit ganztägiger Aufenthaltsmöglichkeit und Privatsphäre**
- * **Möglichkeit der Anmeldung unter der Adresse der Unterkunft**
- Und kurzfristig:
 - * **Kostenlose Fahrkarten zur Unterkunft**
 - * **Gültigkeit der Einweisung in die Kälteschutzeinrichtung für die gesamte Winterperiode**

Rechtliche Grundlage

Nach der Demo am 1. März, mit ca. 50 obdachlosen EU-Migrant*innen wurde der Druck auf die Stadt erhöht. So übergaben am 22.03. die Demonstranten, dem Oberbürgermeister eine 15-seitige Stellungnahme, welche die Rechtswidrigkeit der Unterbringungspraxis Münchens herausstellt. Die Münchner Initiative Zivilcourage hatte den Anwalt und ehemaligen Stadtrechtsdirektor Karl-Heinz Ruder gebeten, die Expertise zu erstellen. Die Schlusssätze daraus lesen sich wie folgt: "...dass das Hauptziel der Anweisung nicht der

Schutz der öffentlichen Sicherheit und somit der Schutz der von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen ist, sondern die Einschränkung bzw. der Ausschluss des sicherheitsrechtlich bestehenden Unterbrin-



Quelle: Alessandra Schellnegger

gungsanspruchs. Eine derartige Vorgehensweise steht aber nicht im Einklang mit dem geltenden Recht. Es ist daher höchste Zeit, dass sich die Stadt München zu ihren sicherheitsrechtlichen Aufgaben und Verantwortung für die von Obdachlosigkeit bedrohten Men-

schen bekennt und die unselige Dienstanweisung des Amtes für Wohnen und Migration schleunigst aus dem Verkehr zieht." Die aktuell geltende Dienstanweisung verlangt von Obdachlosen unterschiedliche Nach-

Punkt ist natürlich nur mittels Meldebescheinigung erbringbar und wer obdachlos ist... Die nächste Eskalationsstufe stellte eine weitere Demo am 31.03. mit anschließender Beschneidung des Klagewegs dar. Doch die Exekutive hatte hart gegen gesteuert und war nicht einmal um einen vorgezogenen April-Scherz verlegen.

Verarsche des Amtes für Wohnen und Migration

Nachdem die Polizei die in der Bayernkaserne untergebrachten obdachlose EU-Migrant*innen durch ein massives Aufgebot (die Rede war von 20 bis 30 Einsatzfahrzeugen) verunsichert hatte, so dass sich kaum jemand an der Demo beteiligte, wurde denen die dennoch einen Antrag auf Sofortunterbringung gestellt hatten, von den Sachbearbeiterinnen des Amtes für Wohnen und Migration schriftlich und

mündlich mitgeteilt: "Die Kälteschutz-Unterbringung ist noch bis vorläufig 15.04.2016 möglich" (was den Antrag obsolet machte). Am 1. April wurde bekannt, dass es sich um eine Fehlinformation (kein Schelm wer dies „April-Scherz“ nennt) gehandelt hatte. Lediglich für Familien mit Kindern wurde diese "Übergangslösung" gefunden. Für die Betroffenen, die sich aufgrund ihrer Obdachlosigkeit ohnehin in einer von großer Unsicherheit geprägten Situation befinden, war es ein weiterer schwerer Schlag zu erfahren, dass ihnen für die kommenden Nächte nun doch nicht die versprochene Übernachtungsmöglichkeit zur Verfügung steht und sie wieder auf der Straße schlafen müssen. Ein solches Verhalten des Amtes für Wohnen und Migration den Betroffenen gegenüber halten wir für den inhumanen Ausdruck eines kollektiven Egoismus, der niemanden außer der herrschenden Klasse nutzt.

JANE ROE

(ALLGEMEINES SYNDIKAT)



Schluss mit „Arbeitnehmer*“feindlichen Schulungen!

Kanzlei Schreiner & Partner hilft Chefs, ihre Angestellten fertig zu machen

Die Anwaltskanzlei "Schreiner & Partner" bewirbt bundesweit ihre Schulungsseminare für ArbeitgeberInnen mit Slogans wie: "Die Kündigung von 'Low Performern'", "So werden Sie Ihren Betriebsrat los". Dort bringen die JuristInnen bei, wie PersonalerInnen die Rechte ihrer Beschäftigten aushebeln können! Beispiele aus dem Seminarplan:

- Krankheit und Fehlverhalten als Kündigungsgrund
- So gestalten sie kreativ Kündigungsgründe
- Lohnkürzungen durch betriebsbedingte Änderungskündigung
- Wie löse ich einen bestehenden Betriebsrat auf?
- So reduzieren Sie den Einfluss von Gewerkschaften im Betrieb

Gezielt mobben, Solidarität unter den Beschäftigten bekämpfen

Es gibt zahlreiche Fälle, in denen Unternehmen gezielt Psychoterror gegen Angestellte und BetriebsrätInnen ausüben. Es ist das Recht aller Lohnabhängigen, sich in Gewerkschaften für ihre Interessen zu organisieren! Was "Schreiner & Partner" schult, ist der gezielte Angriff auf die Rechte von Beschäftigten. Auf der Abschlusliste stehen ArbeitnehmerInnen auch, wenn sie zu wenig Leistung bringen können ("Low Performer"). Wenn ein Angestellter schwer erkrankt, ist das im Jargon von "Schreiner & Partner" 'störendes Arbeitnehmerverhalten'. Dagegen empfiehlt die Kanzlei den Einsatz von Privatdetektiven, Videoüberwachung und Datenschnüffelei.

Es wurde aufgedeckt, dass eine Referentin sogar vorschlug, den Vorwurf der sexuellen Belästigung zu konstruieren, um leichter kündigen zu können! [Günter Wallraff "Aus der schönen neuen Welt", Köln 2012] Es ist kein Zufall, dass diese



12.04. Josephsplatz München

Methoden in den Betrieben zunehmen. Aufgrund der Krise geraten die Unternehmen in verstärkte Konkurrenz untereinander, versuchen Kosten zu

„Wer glaubt dass Arbeitgeber Arbeit geben, glaubt auch dass Zitronenfalter Zitronen falten.“

A. Witz

drücken mit Befristungen, Zeitarbeit, Lohndumping und Entlassungen. Um das durchsetzen zu können, müssen sie

sich gewerkschaftlich zu organisieren. Nur gemeinsam können wir gegen die Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen kämpfen.

Kapitalismus funktioniert solange wir funktionieren

Erfreulicherweise gibt es immer häufiger Proteste gegen Schreiner, manche Seminare wurden so sogar verhindert! Wir trugen unseren Protest am 12. April vor die Münchner Kanzlei am Josephsplatz und stießen auf viel Resonanz und Solidarität!

INITIATIVE REVOLUTIONÄRER 1. MAI

(BÜNDNIS)

Haymarket Was a Riot

Zur Geschichte des Kampftages der Arbeiter*klasse

Im Oktober 1884 riefen Gewerkschaften in den USA und Kanada zu einem landesweiten Streik für den 1. Mai 1886 auf. Es ging den nordamerikanischen ArbeiterInnen um eine Arbeitszeitbegrenzung durch Einführung des Achtstundentages und die Erämpfung von mehr freier Lebenszeit. Allein in den USA traten am vereinbarten Tag fast eine halbe Million ProletarierInnen aus 11.000 Betrieben in den Streik, konnten aber nur für einen kleinen Teil der Beteiligten (etwa 20.000) das Streikziel erreichen. Sie bezogen sich dabei auf die Massendemonstration für den Achtstundentag, die am 1. Mai 1856 in Australien stattgefunden hatten.

Der größte Streik mit rund 90.000 Lohnabhängigen fand am 1. Mai 1886 in Chicago statt. In dieser Industriestadt trug ein militantes und migrantisch geprägtes Proletariat den Kampf um den Achtstundentag. Insbesondere anarchistische ArbeiterInnen und europäische ZuwandererInnen standen an vorderster Front und genau gegen diese Teile der nordamerikanischen Arbeiterklasse hetzen die Bosse und die bürgerliche Presse am offensichtlichsten. So rief z. B. die Chicago Mail bereits im Vorfeld des 1. Mai 1886 dazu auf, ein Exempel an den zentralen Personen des Protestes, August Spies und Albert Parsons zu statuieren. Der aus Deutschland zugewanderte Möbelerbeiter August Spies sowie der in Alabama geborene Schriftsetzer – beides revolutionäre Sozialisten, die sich im Laufe der Zeit dem Anarchismus zuwandten – schrieben für anarchistische Zeitungen in Chicago und waren bekannte Sprecher des sozialrevolutionären Flügels der US-amerikanischen Arbeiterbewegung. Am Abend des Streiktages fand eine Arbeiterversammlung auf dem Haymarket, einem zentralen Platz in Chicago statt. Neben dem Kampf für den Achtstundentag ging es auf der Versammlung auch um die Massenaussperrungen der Bosse sowie gegen deren Pra-

xis, ausgesperrte und streikende ArbeiterInnen durch neue ZuwandererInnen zu ersetzen, die oft genug aus purer Not vor den Fabriktores Schlange standen. In Chicago gingen die Streiks noch mehrere Tage weiter, wobei sich die Streikenden täglich auf öffentlichen Plätzen versammelten, um für ihre Anliegen zu demonstrieren. Am 3. Mai schritt die Polizei gegen die Arbeiter*manifestationen ein, erschoss sechs



1. Mai 2011 in Bilbao

Arbeiter und verletzte einige von ihnen. Doch die Streikenden setzten ihre Umzüge fort, die meist am Haymarket Square endeten. Genau auf diesem Platz eskalierte die Lage am nächsten Tag, dem 4. Mai, als eine Bombe in der Menge explodierte. Zwölf Menschen, darunter ein Ordnungshüter, starben noch am Ort des Geschehens. Sechs weitere Polizisten erlitten später ihren Verletzungen. Die Polizei eröffnete daraufhin das Feuer und tötete und verletzte eine unbekannte Zahl von Protestierenden (Schätzungen sprechen von mindestens 20).

Weißer Terror

Acht Männer, die die Streiks mitorganisiert hatten, wurden festgenommen, angeklagt und für schuldig befunden. Neben August Spies und Albert Parsons wurden noch George Engel und Adolph Fischer – beides aus Deutschland zugewanderte anarchistische Arbeiter – verurteilt und gehenkt. Der in Mannheim geborene Holzarbeiter und Anarchist Louis Lingg beging in der Zelle Selbstmord. Drei weitere anarchistische Arbeiter*innen wurden zu langjährigen Haft-

strafen verurteilt. Bis heute ist unklar, wer die Bombe geworfen hat, doch war die Detektei Pinkerton weit genug in den Fall verstrickt, so dass der Gouverneur von Illinois am 26. Juni 1893 die letzten drei noch am Leben gebliebenen Gefangene frei ließ – und dies auf Kosten seiner politischen Karriere. In den USA gelten die Verurteilungen und Hinrichtungen heute als Justizirrtümer.

Der Kampf geht weiter

Der Kampf um Arbeitszeitreduzierungen (bei einem damals üblichen Arbeitstag von 10 bis 12 Stunden) ging gegen alle Repression des Staates und des Kapitals weiter. Im Dezember 1888 erklärten die in St. Louis versammelten Gewerkschaftsdelegierten am 1. Mai 1890 erneut Streiks und Kundgebungen durchzuführen. Dabei war die Bewegung nicht auf Nordamerika begrenzt, denn im selben Jahr forderten z.B. auch die französischen Gewerkschaften die Einführung des Achtstundentages. Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale 1889 wurde zum Gedenken an die Opfer des Haymarket Riot der 1. Mai als »Kampftag der Arbeiterbewegung« ausgerufen. Daraufhin beging das Proletariat am 1. Mai 1890 zum ersten Mal diesen »Protest- und Gedenktag« mit Massendemonstrationen auf der ganzen Welt. In Deutschland beteiligten sich trotz drohender Sanktionen am 1. Mai 1890 etwa 100.000 ArbeiterInnen an Streiks, Demonstrationen und sogenann-

ten »Maispaziergängen«. Die regionalen Schwerpunkte bildeten Berlin und Dresden, aber auch Hamburg, wo es zu einem besonders erbitterten Arbeitskampf mit zeitweise 20.000 Streikenden kam.

Die Schande der SPD...

Für viele proletarische Militante rund um den Globus bedeutete der 1. Mai einen internationalen Kampftag der Arbeiterklasse. Nicht so bei der SPD. Auf ihrem Hallenser Parteitag im Oktober 1890 beschloss sie, den 1. Mai als dauerhaften »Feiertag der Arbeiter« einzuführen. Um der Provokation die Spitze zu nehmen, wollte die SPD dort von einer Arbeitsruhe absehen, wo sich ihr Hindernisse in den Weg stellten. Die sozialdemokratische Partei und ihre Gewerkschaften machten den Aufruf zum Streik von der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Betriebs abhängig. Wo eine Arbeitsniederlegung den KapitalistInnen weh tun würde, sollten am ersten Maisonntag Umzüge und Feste im Freien stattfinden. Im Gegensatz zu militanten ArbeiterInnen und revolutionären AktivistInnen begingen die Sozialdemokraten den 1. Mai also von Anfang an eher als Festtag.

...bis hin zum "Blutmai"

Während der Weimarer Republik waren ab 1924 Demonstrationen unter freiem Himmel am 1. Mai verboten. Dies wollte sich die KPD 1929 nicht mehr bieten lassen. Obwohl der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin bereits ein halbes Jahr zuvor jegliche politische Versammlung unter freiem Himmel verboten hatte, rief die KPD für den 1. Mai 1929 zu Maikundgebungen auf. Sie verteilte am Vortrag Flugblätter, in denen wahr-

heitswidrig behauptet wurde, dass das Demonstrationsverbot aufgehoben worden sei. Bei den Auseinandersetzungen, die sich vom 1. bis 3. Mai in der Hauptstadt hinzogen, ging die Berliner Polizei mit äußerster Härte vor und setzte in den Arbeitervierteln Wedding und Neukölln auch gepanzerte Fahrzeuge und Maschinengewehre ein. Die tagelangen Maiunruhen hinterließen über 30 von der Polizei getötete Zivilisten und rund 200 Verletzte. Die Ereignisse des sogenannten »Blutmai« vertiefte die Spaltung zwischen der SPD und KPD gehörig.

Feiertag

Nachdem sowohl die sozialdemokratische als auch die kommunistische Arbeiterbewegung den Nationalsozialismus völlig falsch eingeschätzt hatten und eine militante Gegenwehr gegen die Machtübertragung der bürgerlichen Eliten an die Nazis ausblieb, erklärte die NS-Regierung im April 1933 den 1. Mai zum »Feiertag der nationalen Arbeit«. Dies konnte jedoch nicht verhindern, dass viele ArbeiterInnen im NS den 1. Mai auf ihre Weise feierten. Sie blieben den offiziellen nationalsozialistischen Maifeiern fern und trafen sich lieber in den Kneipen der Arbeiterviertel. Beliebte – besonders in den Industrievierteln – waren an diesem Tag auch linke Wandparolen und das Hissen von roten Fahnen an Fabrikmauern und Fabrikschornsteinen.

Ein Tag der Arbeit ist genug

Nach der Befreiung 1945 wurde der 1. Mai gesetzlicher Feiertag sowohl in der BRD als auch in der DDR. Die linksradikale und autonome Bewegung in Westdeutschland und West-Berlin feierte den internationalen Kampftag – insbesondere in den 1980er Jahren – auf ihre ganz eigene Art und Weise, wobei sie versuchte, an die Anfänge anzuknüpfen: Haymarket was a riot!

ROMAN

(ALLGEMEINES SYNDIKAT)



Fasizme Karsi Omuz Omuza

(SCHULTER AN SCHULTER GEGEN DEN FASCHISMUS)

Sektion Gesundheits- und Sozialberufe

Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen zeichnen sich meist durch hohe Arbeitsbelastung, Personalmangel und niedrige Löhne aus. Hinzu kommen oft unregelmäßige Arbeitszeiten durch Schichtarbeit. Wir arbeiten u.a. in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, ambulanten Diensten, Sozialverbänden, Kindergärten und Kindertagesstätten. Da wir die Bedingungen so nicht akzeptieren, schließen wir uns zusammen, um schrittweise Änderungen in Gang zu setzen. Dabei sind uns primär zwei Dinge wichtig:

Praktische Solidarität

Wir treten für unsere unmittelbaren Belange selbst ein. Das heißt wir stellen Forderungen auf und versuchen sie selbst

gemeinsam durchzusetzen. Außerdem wollen wir eine grundsätzliche Solidarität praktizieren. Das heißt niemand wird mit ihren oder seinen Problemen allein gelassen.

Für beide Punkte gilt: Der Zusammenhalt ist essentiell. Es stärkt uns und stellt ein deutliches Signal für die Gegenseite dar.

Erschwerend sind unterschiedliche Träger im Gesundheitsbereich, mit zum Teil unterschiedlichen Voraussetzungen, aber dem selben Resultat. Während öffentliche Einrichtungen auf Grund finanziell klammer Kommunen einsparen, Stellen abbauen und Bereiche outsourcen, sind private Anbieter, wie Klinikkonzerne, auf maximalen Profit ausgerichtet.

Dabei greifen sie zu den selben Methoden. Jedoch nicht notdürftig, sondern aus Prinzip. So streichen zum Beispiel kommunale Kliniken Stellen, weil sie pleite sind. Klinikkonzerne, damit die Gewinne weiter steigen.

Wir sind keine DienstleisterInnen, wir sind Lohnabhängige. Genau dieser Umstand trennt uns grundlegend von den so genannten Arbeitgebern. Zwischen Lohnabhängigen und Arbeitgebern kann es keine dauerhafte Einigung geben. Vereinbarungen und Tarifverträge sind vorübergehende Errungenschaften. Daher lehnen wir einen sozialpartnerschaftlichen Kurs ab und vertreten ausschließlich unsere Interessen als Lohnabhängige.

Veränderungen müssen von der Basis, von den unmittelbar Betroffenen erkämpft werden. Dafür steht die Sektion Gesundheits- und Sozialberufe mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln solidarisch zusammen. Von rechtlicher Beratung und Unterstützung bis zu Aktionen und Streiks.

Mach mit

Die Sektion Gesundheits- und Sozialberufe der FAU München ist für alle KollegInnen im Gesundheits- und Sozialbereich offen. Natürlich auch für andere Berufsgruppen in diesen Einrichtungen, wie Reinigungspersonal, Küchenpersonal, Hausmeister, TherapeutInnen usw. Je mehr wir sind, desto mehr können wir erreichen!

Wir sind Teil einer Basisgewerkschaft. Das heißt, dass sämtliche Entscheidungen über unser Vorgehen durch Vollversammlungen der Mitglieder bestimmt werden.

Die Lokalföderation der FAU in München ist Teil der bundesweiten Gewerkschaftsföderation Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union. International sind wir mit Schwesterorganisationen aus nah und fern vernetzt.

Kontakt unter:

faum-gesundheit@fau.org



Kirchliche Träger wiederum versuchen die KollegInnen dort mit weniger Rechten am Arbeitsplatz für diesen gefügig zu machen. Kämpfe in den genannten einzelnen Bereichen finden isoliert voneinander statt. Diese Gräben wollen wir überwinden.

fau-m.de

Website der Lokalföderation München



www.fau.org

Website der bundesweiten FAU

Impressum

Herausgegeben von der FAU - Lokalföderation München

V.i.S.d.P.: P.Lohner / Schwanthalerstr. 139 (Rgb.) / 80339 München / E.i.S.

Auflage: 500

Die Erstellung der Zeitung erfolgte mit kostenlosen Open-Source-Programmen so wie Scribus (Layout), OpenOffice (Textverarbeitung) und Gimp (Grafik). Sämtliche Texte sind frei nutz- und vielfältigbar. Über einen Beleg würden wir uns freuen.

Eilmeldung

Aktive Mittagspause am Helios Amper Klinikum Dachau

Am Freitag, den 22.4.2016 organisierte verdi eine so genannte aktive Mittagspause von 11-13 Uhr, um ihren Forderungen in den Verhandlungen um einen Haustarifvertrag Nachdruck zu verleihen. Gefordert werden 8% mehr Lohn, außerdem wird sich u.a. um die Höhe der „gewinnorientierten Einmalzahlung“, ein Ersatz für Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, sowie Zuschläge für Holen aus dem Frei gestritten. Eine typische Tarifaufeinandersetzung also? Ja und nein.

Ja, denn das Vorgehen entspricht den üblichen Ritualen einer Tarifverhandlung, in der sich der Klinikkonzern Helios bisher dadurch auszeichnete, sämtliche Forderungen als überzogen abzulehnen. Der nächste Schritt wäre ein Warnstreik.

Nein, da die von den Beschäftigten als größte wahrgenommene Problematik, der absichtliche Personalmangel ist. Damit verbunden sind immense Arbeitsbelastung, Krankheitsausfälle, Überstunden, das erwähnte permanente Anrufen im Frei, oder Arbeiten in Unterbesetzung. Hinzu kommt ein Druck seitens der Vorgesetzten, der oftmals die Grenze des rechtlich legalen überschreitet. Es wird mit Kündigungen bei nicht erbrachter Leistung gedroht, wie im Patienten Service (eine Untergesellschaft ohne Tarifvertrag), oder gar in einem Fall eine Kündigung mündlich ausgesprochen. So erging es im Januar einer Krankenschwester, die sagte sie könnte aus gesundheitlichen Gründen in einer Unterbesetzung zwar einige PatientInnen mehr versorgen, jedoch nicht die Anzahl, die die Pflegedienstleitung (PDL) von ihr verlangte. Die PDL sprach ihr ohne rechtliche Grundlage die Kündigung aus und schickte die Kollegin nach Hause. Die Vorgesetzte des Reinigungspersonals (beschäftigt in einer weiteren Untergesellschaft ohne Tarifvertrag) denkt sie könne den Urlaub mehrerer KollegInnen nach eigenem Gutdünken gegen deren Willen verplanen.

Die Stimmung unter den Beschäftigten stünde also gut, sich in großer Anzahl an einer Aktion zu beteiligen, um gegen diese Missstände zu demonstrieren. Leider sind die Arbeitsbedingungen und der Druck durch den Helios Konzern weder Gegenstand der Tarifaufeinandersetzung noch der innergewerkschaftlichen Diskussion. Gerade bei letzterem weist die zweitgrößte bundesdeutsche Gewerkschaft ein mangelndes Verständnis von Demokratie und Beteiligung der Mitglieder an Entscheidungen auf. So wurden nicht alle Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen, wo über die Aktion entschieden werden sollte. Frappierender ist aber, dass gerade dort wo Unmut und Arbeitsbelastung am höchsten sind, also auf den Akutstationen, welche auch den größten Anteil unter den Beschäftigten ausmachen, der Termin für die Aktion nicht bekannt gegeben wurde! So beteiligten sich überwiegend höher qualifizierte Beschäftigte aus den Funktionsbereichen. Zwar war die Beteiligung an der Aktion nicht schlecht, aber sie hätte deutlich höher ausfallen können. Dennoch war auch ein wenig Eigeninitiative zu verzeichnen. Es wurden selbst gemalte Schilder gehalten, die sich vom ewigen „Gute Arbeit – Gutes Geld“ abhoben und die erwähnten Missstände kurz und knapp thematisierten. Etwa: „Personal statt Profit“ oder „Ihr könnt uns mal: Respektieren“. Auch sorgten Aktive der *Unabhängigen Betriebsgruppe* in den Gesprächen dafür, dass unter den KollegInnen über die Missstände diskutiert wurde.

Nichts grundlegend neues also. Aber niemals umsonst. Jede Möglichkeit Solidarität unter den Beschäftigten auszubauen muss und wird wahrgenommen werden.

MATTHIAS

(SEKTION GESUNDHEITS- UND SOZIALBERUFE)

Das Problem heißt Kapitalismus

Streiken! Enteignen! Kollektivieren!

Der 1. Mai ist weltweit der Kampftag aller arbeitenden Menschen. An diesem Tag gedenken wir der Opfer des Massakers 1886 auf dem Haymarket in Chicago, des Blutmais 1929 in Berlin und all derer, die täglich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen müssen. Die Essenz des kapitalistischen Systems ist die die Ausbeutung der Ressourcen Mensch und Ökosystem, dies betrifft uns alle.

Das Kapital (z.B. die BesitzerInnen von Banken und Konzernen) greift unsere Lebensbedingungen an: mit Tariffahrt, Lohndumping, prekären Jobs, Mieterhöhungen usw. Das ist Klassenkampf von oben. Wir Lohnabhängige sollen die Kosten der Krise bezahlen – Für die Profite der Reichen! Nicht nur in Griechenland, Spanien und Portugal hat dieses „Krisenmanagement“ schon Millionen Menschen in Armut und Elend gestoßen. Kapitalistische Ausbeutung und Kriege um Einflusszonen zwingen Millionen Menschen zur Flucht aus ihren Heimatländern.

Im Kampf gegen Ausbeutung lassen wir uns nicht spalten in „Deutsche“, „Flüchtlinge“, „GriechInnen“ etc. Unsere Solidarität mit allen Lohnabhängigen kennt keine Grenzen - wir kämpfen gemeinsam, für gleiche Rechte und ein menschenwürdiges Leben für alle! Das geht nicht mit „Sozialpartnerschaft“ und „Standort-Politik“, sondern nur durch organisierten Klassenkampf von unten, mit Massen-, General- und politischen Streiks, direkten Aktionen und zivilem Ungehorsam.

Wir kämpfen für eine freie, nachhaltige und solidarische Gesellschaft, in der die Produktionsmittel, die Rohstoffe und das Land von allen gemeinsam verwaltet werden und in der es weder Ausbeutung noch Unterdrückung gibt. Es ist genug für alle da – wenn wir die kapitalbesitzende Klasse enteignen und ihre Banken, Betriebe und Mietshäuser in öffentliches Eigentum umwandeln.

IRM.BLOGSPORT

(BÜNDNIS)



1. Mai 2014 Rindermarkt München

Kontakt

Freie ArbeiterInnen Union - Lokalföderation München
Schwanthalerstr.139 (Rgb.)
80339 München

Alle Termine finden im Gewerkschaftsbüro (Adresse s.o.) statt

Allgemeines Syndikat:
Telefon: 089/51 26 20 19
E-Mail: faum@fau.org
Offenes Treffen, bzw. offenes Büro jeden Mittwoch 19.00 bis 21.00 Uhr
(keine Treffen an Feiertagen)

